

# 58. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 08.11.2018**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Lothar Kipp		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Albert Kimberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Gerda Settele Simone Spratter Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Lorenz Ilmberger Andreas Post Franz Solfrank	

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Philipp Schwarz nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

795    22    **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften**

Beschluss: 22 : 0

Die Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 11.10.2018 und 15.10.2018, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden sind, werden genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

796    22    **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen kann folgender Beschluss öffentlich bekannt gemacht werden:

**Beschluss vom Gemeinderat am 15.10.2018, Beschluss Nr. G837**

Neubau Sportpark an der Mitterfeldallee; weiteres Vorgehen zu den Fachplanungen Heizung, Lüftung Sanitär (HLS) und Elektrotechnik

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Sachlage zur Kenntnis und folgt der Empfehlung des Projektsteuerungsbüros Hitzler, München und der Verwaltung, die Umplanungen durch die derzeitigen TGA-Planer (IB ELT: Duschl Ingenieure GmbH & Co. KG, Rosenheim und HLS: Arbeitsgemeinschaft kplan AG und Fey und Partner) durchführen zu lassen. Für die Leistungsphasen (Lph) 5 bis 9 sind für die TGA: Elektro und HLS ein VgV-Verfahren durchzuführen. Die entstehenden Mehrkosten für die beiden VgV-Verfahren werden genehmigt und sind unter der Haushaltsstelle 59060.9490 zu verbuchen.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Dieser Beschluss kann öffentlich verwendet und bekannt gemacht werden.

AZ 024  
Hauptamt

797      22      **Personalangelegenheiten; Erhöhung der Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten der Gemeinde Unterföhring**

Der Vorsitzende erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 11.10.2018, Nr. 782, mit dem die Fortgewährung der einheitlichen allgemeinen Arbeitsmarktzulage für die Jahre 2019 und 2020 i.H.v. 200,00 € monatlich (bei Vollzeit) beschlossen wurde. Die Verwaltung wurde zudem beauftragt zu prüfen, ob eine Erhöhung des bisherigen Betrags möglich ist.

Der Vorsitzende erinnert hierzu an den Beschluss des Gemeinderats vom 21.01.2016, Beschluss Nr. 325, in dem die Voraussetzungen und die möglichen Betragshöhen für dieses arbeitsmarktpolitische Instrument vorgestellt wurden.

Die Höchstbetragsgrenze liegt bei 20 % des Entgelts in Stufe 2 der individuellen Entgeltgruppe eines Beschäftigten.

In Unterföhring wird (bei Vorliegen der Voraussetzungen) eine allgemeine Arbeitsmarktzulage gewährt, die für alle Beschäftigten einheitlich derzeit bei 200,00 € monatlich (bei Vollzeit) liegt.

Zur Ermittlung des möglichen Höchstbetrags der einheitlichen allgemeinen Arbeitsmarktzulage ist folglich die derzeit kleinste vergütete Entgeltgruppe (EG 2) heranzuziehen. Das Entgelt der Entgeltgruppe 2 in Stufe 2 beträgt aktuell 2.234,74 € brutto; damit ergibt sich für einen einheitlichen Betrag eine Höchstgrenze (20% dieses Entgelts) von 446,95 €.

Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung der einheitlichen Arbeitsmarktzulage von derzeit 200,00 € auf 250,00 € monatlich (bei Vollzeit) vor. Hierdurch würden ca. 75.000 € an zusätzliche Ausgaben anfallen (Gesamtansatz für die Arbeitsmarktzulage dann 375.000 € / Jahr).

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt in Ergänzung zum Beschluss vom 11.10.2018, Nr. 782, dass die einheitliche Arbeitsmarktzulage ab dem 01.01.2019 um 50,00 € auf 250,00 € monatlich (bei Vollzeit) erhöht wird.

Die zusätzlichen Haushaltsmittel von insgesamt rund 75.000,00 € pro Haushaltsjahr werden zur Erhöhung des bisherigen Ansatzes von 300.000 € zur Verfügung gestellt und sind entsprechend in die Haushalte 2019 und 2020 einzuplanen.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

AZ 033  
Personalamt

798    22    **Seniorenbeirat Unterföhring; Feststellung zur Durchführung von  
Neuwahlen**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass gemäß Ziffer 2.2 der Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring aus insgesamt sieben Mitgliedern besteht. Scheidet ein Mitglied aus, wird gemäß Ziffer 3.5 der Satzung ein Nachrückverfahren der Bewerber/innen durchgeführt, die bei der Wahl zum Seniorenbeirat die nächsthöchste Stimmenzahl erhalten haben. Scheiden mehr Mitglieder aus dem Seniorenbeirat aus als durch das Nachrückverfahren ausgeglichen werden können, und sinkt die Anzahl der Mitglieder unter sechs, so sind gemäß Ziffer 3.9 der Satzung Neuwahlen durchzuführen. Die Feststellung hierzu trifft der Gemeinderat.

Weiter informiert der Vorsitzende darüber, dass das bisherige Mitglied Frau Sylvia Heinzl mit Schreiben vom 12.09.2018 ihr Amt als Seniorenbeiratsmitglied mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat.

Daher wurde gemäß Ziffer 3.5 der Seniorenbeiratssatzung das Nachrückverfahren durchgeführt. Insgesamt stehen zwei Bewerber von der Seniorenbeiratswahl 2017 als Nachrücker zur Verfügung.

Die nächsthöchste Stimmenzahl hat bei der Wahl zum Seniorenbeirat der Bewerber Herr Reimund Hobohm erhalten, sodass ihm das freigewordene Ehrenamt zustand. Herr Hobohm hat mit Schreiben vom 23.10.2018 (Eingang am selbigen Tag) mitgeteilt, dass er das freigewordene Amt nicht annimmt.

Daher wurde im Rahmen des Nachrückverfahrens die Bewerberin kontaktiert, die als zweite Nachrückerin die nächsthöchste Stimmenzahl bei der Wahl zum Seniorenbeirat erhalten hat. Die Bewerberin, Frau Smiljana Reisinger, hat ebenfalls mit Schreiben vom 23.10.2018 (Eingang am 25.10.2018) mitgeteilt, dass sie das freigewordene Amt des Seniorenbeiratsmitglieds nicht annimmt.

Nachdem beide möglichen Nachrücker das Amt abgelehnt haben kann das freigewordene Amt nicht nachbesetzt werden und es verbleibt bei der Anzahl von insgesamt sechs Mitgliedern im Seniorenbeirat Unterföhring. Der Seniorenbeirat ist hierüber entsprechend am 25.10.2018 informiert worden.

Mit Schreiben vom 29.10.2018 (Eingang am selbigen Tag) hat das bisherige Seniorenbeiratsmitglied Herr Artur Lutz mitgeteilt, dass er sein Amt mit sofortiger Wirkung niederlegt.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Damit besteht der Seniorenbeirat nunmehr aus insgesamt fünf Mitgliedern, das Nachrücken eines weiteren Bewerbers ist nicht möglich.

Somit sind gemäß Ziffer 3.9 der Seniorenbeiratssatzung Neuwahlen durchzuführen.

Die Feststellung, dass Neuwahlen durchzuführen sind, erfolgt durch Beschluss des Gemeinderats.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Anzahl der Mitglieder im Seniorenbeirat durch die vorliegenden Amtsniederlegungen sowie durch den nicht erfolgten Ausgleich im Rahmen des durchgeführten Nachrückverfahrens unter sechs Mitglieder gefallen ist.

Damit wird festgestellt, dass gemäß Ziffer 3.9 der Satzung für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring Neuwahlen nach den Ziffern 3.1 bis 3.8 der Satzung durchzuführen sind.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Neuwahlen vorzubereiten.

Als Termin für die Neuwahlen wird der 18.02.2018 festgesetzt.

AZ 4172  
Hauptamt

799    22    **Grundschule Unterföhring; Sachstand zur Fortschreibung des Sicherheitskonzepts und weiterer schulischer Optimierungen**

Im April diesen Jahres fand ein Begang des Grundschulgeländes statt, bei dem neben dem Vorsitzenden und der Schulleitung auch der Elternbeirat sowie die Verwaltung teilgenommen haben. Insbesondere Aspekte der Schulsicherheit standen bei diesem Termin im Fokus.

Hierbei wurde festgestellt, dass u.a. die Zugangssituation zum Schulgelände optimiert werden sollte. Die Leiterin der Grundschule Unterföhring, Frau Hofmann, hat die Erkenntnisse des Begangs zusammengefasst und Vorschläge zur Optimierung formuliert.

Hierbei wurden insbesondere die schulbetrieblichen Belange berücksichtigt, die die Grundlage der im Ergebnis notwendigen Optimierungsmaßnahmen sind.

Das Schreiben vom 02.05.2018 der Schulleitung wird bekannt gegeben und dem Gremium zugestellt.

Konkret werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### 1. Optimierung der Zugangssituationen

##### Allgemeine Grundlage:

Das Schulgebäude und der Schulhof dürfen als Schulgelände nur von berechtigten Personen betreten werden. Neben Schülern und Lehrkräften der Schule sowie weiteren Berechtigten (z.B. Schulhausmeister, Mensa-Personal, Putzkräfte, zugelassene Nutzer von Räumlichkeiten wie z.B. Männergesangsverein, Blaskapelle) steht der Zugang einem anderen Personenkreis daher -allein schon aus Sicherheitsaspekten heraus- grundsätzlich nicht zu.

Insbesondere über den Schulhof-Zugang in der Schulstraße werden regelmäßig Fremdnutzungen des Schulgeländes festgestellt, z.B. durch Jugendliche, die auf dem Gelände Rauchen/Alkohol konsumieren und entsprechend Altglas und Zigarettenkippen auf dem Schulhof hinterlassen. Genauso wird der Schulhof als öffentlicher Spielplatz interpretiert und genutzt.

Für den Aufenthalt der Schüler gelten zudem konkrete Bestimmungen. So erstreckt sich z.B. gemäß § 22 der Bayer. Schulordnung die Aufsichtspflicht der Schule für Schüler auf dem Schulgelände und im Schulhaus auf die Zeit ab 7.45 Uhr und bis ca. 15 Minuten nach dem jeweiligen Schulschluss.

Bei Bedarf erfolgt eine Beaufsichtigung bereits eine halbe Stunde vor dem regelmäßigen Unterrichtsbeginn, also ab 7.30 Uhr. Diese ist am Schuljahresbeginn jeweils von den Eltern zu beantragen. Vor 7.30 Uhr ist ein Aufenthalt von Schülern auf dem Schulgelände versicherungstechnisch nicht möglich.

Die Schülerzahlen sind in den letzten Schuljahren stark angestiegen. (aktuell 525). In Kombination mit den bestehenden drei Gebäudeteilen erschwert dies die Überschaubarkeit

##### Ansatz:

Die Zugangsmöglichkeiten werden neu festgelegt.

##### Vorschläge der Schulleitung:

- a) Verlagerung der Haupteingänge der Grundschule zur Bahnhofstraße (Erweiterungsbau) einerseits, sowie zur Münchner Straße (Neubau) andererseits.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Hierbei sollte der Zugang von der Münchner Straße am Neubau angepasst werden (einfach bedienbares Schiebetürsystem mit Schließanlage und Kamera, Gegensprechanlage zu Hausmeister und Schulsekretariat)

- b) das ursprüngliche System für die Schulhausöffnung (7.30 Uhr Frühaufsicht für von den Eltern angemeldete Schüler, 7.45 Uhr Einlass aller Schüler) wird wieder eingehalten.  
Dieser Punkt wird bereits seit Beginn des Schuljahres umgesetzt.
  - c) Bauliche Anpassung des Schulgeländes im Bereich Schulstraße; hier Schaffung einer Trennung des Roller- und Fahrradständerbereichs vom Schulhof -> Aufstellen eines separaten Zauns mit Toren. Dadurch kommen die Kinder morgens auf den abgetrennten Bereich mit den Fahrrad-/Rollerständen, ohne dass eine Öffnung des Schulhofs erforderlich ist.
  - d) Schließen der Umzäunung im Bereich der Bahnhofstraße (Haupteingang) z.B. durch anbringen einer Fluchttür; hier ist derzeit eine Lücke in der Umzäunung.
2. Vermeidung von ungeeigneten außerschulischen Nutzungen, optimierte Abläufe bei geeigneten außerschulischen Nutzungen

#### Öffentliche Kulturveranstaltungen Aula:

Der Schulhof wird rund um Veranstaltungen in der Aula (vorher, in den Pausen, nachher) als Aufenthaltsfläche genutzt; der Konsum von Getränken/Alkohol findet dann ebenso statt wie das Rauchen.

-> dies sollte in den Bereich der Bahnhofstraße verlagert werden.

#### Außerschulische Sportveranstaltungen:

Die Mitnutzung der Schulsporthallen durch örtliche Vereine führt dazu, dass wartende schulfremde Erwachsene und Kinder die (schulischen) Räumlichkeiten und Spielgeräte ungehindert betreten bzw. nutzen.

-> hier sollten die Rahmenbedingungen besprochen und ggf. neu festgelegt werden.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Sonstige Fremdnutzungen:

Vermeiden der Fremdnutzung und-verschmutzung des Hofes durch Jugendliche abends und nachts.

Kann durch die Optimierung der Zugangssituationen gelöst werden.

### 3. Optimierungen des Schulgeländes

#### Schulhof und Außenbereich:

- Schaffen eines zusätzlichen Roller- und Fahrradständerbereichs an der Münchner Straße, da die bestehenden Möglichkeiten (Bereich Schulstraße) nicht ausreichen.
- Neustrukturierung des Pausenhofs und Schaffung verschiedener Zonen (Ruhe, Sitzen, feste Spielgeräte, Kleingeräte, Hüpfspiele, Ballprellwand, Tabuzonen). Dadurch werden mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in der Pause geboten und sollen die Schüler zu mehr positivem Miteinander motivieren sowie eine psychische und physische Hygiene bewirken.

#### Schulgebäude:

Insbesondere im Neubau sind ergänzende Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Durch die derzeitige Gestaltung (Sichtbeton) ist der Lärmpegel zu hoch und eine fortwährende Belastung des Betriebs.

Die Verwaltung hat die o.g. Aspekte aufgenommen und mögliche Umsetzungen für das Jahr 2019 teilweise vorgesehen. Entsprechende Ansätze sind in der Haushaltsplanung 2019 mit enthalten.

Hinsichtlich der Optimierung der Zugangssituationen schlägt die Verwaltung vor, bereits zeitnah entsprechende Maßnahmen vorzunehmen.

Zur kurzfristigen Entflechtung (große Ansammlung von Schülern) der derzeitigen Situation könnte das Aufstellen einer mobilen Absperrung zur Optimierung beitragen.



## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Hierzu wird die Verwaltung gemeinsam mit der Schulleitung und dem Hausmeister während des Schulbetriebs in der Zeit von 7.30 Uhr bis 7.45 Uhr die Situation in Augenschein nehmen und die Aufstellung der mobilen Absperrung veranlassen. Ferner wird die Verwaltung die weiteren Optimierungsvorschläge bautechnisch durch einen Architekten in Abstimmung mit den Erfordernissen des Brandschutzes und des Sicherheitskonzeptes abstimmen (Änderung der Flucht- und Rettungswege; Sammelpunkte etc.)

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 21107  
Bauamt

800    22    **Geschosswohnungsbau im Einheimischen-Modell an der Aschheimer Straße; Genehmigung der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2018, Nr. 775, in Erinnerung, mit welchem weitere Festlegungen für die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung getroffen wurden. Die funktionale Leistungsbeschreibung zum Generalübernehmervertrag mit der BML BauService GmbH, Haar, ist mit den bisherigen Kosten in Höhe von 4.418.123,00 € brutto zzgl. Generalübernehmerzuschlag, Baunebenkosten (KG 700) und Maßnahmenkosten für Baugrundrisiko entsprechend den vorgenannten Änderungen und Klarstellungen fortzuschreiben und dem Gemeinderat mit der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung nach DIN 276 zur Genehmigung vorzulegen. Die bisherige Kostenschätzung über WE, Kubatur und Wohnfläche mit Tiefgarage belief sich auf 4.418.123,00 € brutto zzgl. Generalübernehmerzuschlag sowie Mehrkosten für den voraussichtlichen Erschütterungsschutz und für Maßnahmen des hoch liegenden Grundwassers. Belastbare Zahlen werden im weiteren Planungsverlauf im Rahmen der Detaillierung zusammen mit den Fachplanern erarbeitet.

Auf den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 23.10.2018, Nr. 531, zur Festlegung der Materialität der Innenwände für die weitere Planung sowie auf den Tagesordnungspunkt 7.1 in der heutigen Sitzung wird hingewiesen.

Durch die Regierung von Oberbayern wurde zwischenzeitlich der vorzeitige Maßnahmenbeginn für die Planungsleistungen und die Bauleistungen nach dem Kommunalen Wohnraumförderprogramm KommWFP erteilt. Am 19.11.2018 findet eine weitere Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern zum Förderantrag statt. Nach bisheriger Abstimmung soll der Förderantrag noch im November gestellt und die Bewilligung im Dezember 2018 erteilt werden.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Durch die planenden Architekten Goergens + Miklutz, München, sowie die Fachplanungen ELT IB Pfeuffer, München, HLS IB Bauer, München, Tragwerksplanung Berk + Partner, München, sowie Bauphysik, Ingenieure Süd, München, in Koordination durch die BML BauService GmbH, Haar, wurde in Umsetzung der bisherigen Beschlüsse die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung DIN 276 erarbeitet.

Zusätzlich wurden folgende weiteren Optionen kostentechnisch untersucht und als Zusatzkosten nach der Kostenberechnung aufgeführt. Dies sind im Einzelnen:

- Wasser und Abwasseranschluss der Tiefgarage mit Zusatzkosten; Kosten ca. 16.756,63 € brutto
- Steckdose an jedem Stellplatz in der TG verbunden mit dem wohnungseigenen Stromzähler analog der Kellerabteile als Lademöglichkeit (keine Ladestationen wegen Leistungsbilanz; Spitzenlasten nicht realisierbar); Gesamtkosten ca. 3.500,- € brutto.

Die Entwurfsplanungen der Architekten und Fachplanungen für den Geschosswohnungsbau im Einheimischen-Modell nördlicher der Aschheimer Straße, Zeile 18, Stand 29/30.10.2018, mit gesamtheitlicher Kostenberechnung mit Generalübernehmerzuschlag der BML BauService GmbH, Stand 5.11.2018, mit Gesamtkosten in Höhe von 8.490.000,00 € brutto wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

Der Generalübernehmer BML BauService GmbH, vertreten durch Frau Wenz-Eibel, die planenden Architekten Herrn Mattei und Frau Bellatini vom Büro Goergens + Miklutz, die Fachplanung Heizung Lüftung Sanitär (HLS) IB Bauer, Herr Albin Agic, stellen die Entwurfsplanung mit zugehörigen Kosten dem Gremium in der heutigen Sitzung vor und beantworten die auftretenden Fragen.

Die Kostenberechnung DIN 276, Stand 5.11.2018, sowie die Gebäudegrundrisse und Ansichten Stand 29/30.10.2018 der Objektplanung wurden dem Gremium zugestellt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bis Ende 2018 der Spatenstich erfolgen wird.

Beschluss: 15 : 7

Das Gremium nimmt den Sachstand zur Entwurfsplanung sowie zur Kostenberechnung zur Kenntnis.

Eine Entscheidung hierüber wird zurückgestellt.

Es sind zunächst die konkreten Kosten zu benennen, die für die zusätzlichen Maßnahmen „Bau eines Erschütterungsschutzes“ sowie „Schaffung des Hochwasserschutzes“ entstehen.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Zudem sollen mögliche Einsparpotentiale aufgezeigt werden. Auch eine Reduzierung des bisherigen Standards soll hierbei betrachtet werden.

AZ 621  
Bauamt

- 801 22 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss**  
**Geschosswohnungsbau im Einheimischen-Modell an der Aschheimer Straße; Festlegung der Materialität der Innenwände**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2018, Nr. 775, in Erinnerung, mit welchem dem Vorentwurf mit Kostenschätzung des Büro Goergens + Miklautz vom 28.08.2018 mit Übersichtsplan Regelgeschoss mit Darstellung der betroffenen Wände, Stand 28.08.2018, zugestimmt wurde. Die Entscheidung zu Punkt 1 und Punkt 16 alle Innenwände (außer Vorsatzschalen) analog Zeile 10 und 15 als Ziegelmauerwerk auszuführen, wurde zurückgestellt. Aus der Mitte des Gremiums wurde angefragt, aus welchen Gründen für die Zeile 10 und Zeile 15 eine Ausführung aller Wände in Ziegelmauerwerk empfohlen wurde.

Der Erste Bürgermeister gibt die Rückmeldung der BML BauService GmbH, Herr Reischer, vom 26.09.2018 bekannt, wonach die Ausführung sowohl der tragenden als auch nichttragenden Innenwände in den Hauszeilen 10 und 15 in Ziegel Wunsch der Gemeinde war. Hier wird auf den Beschluss des Gemeinderates vom 05.02.2013 verwiesen, wonach unter Punkt 1.29 im Fragenkatalog zu den Ausstattungsstandards für tragende und nichttragende Innenwände Ziegelbauweise beschlossen wurde.

Der Erste Bürgermeister bringt aus dem Fragenkatalog zu den Hauszeilen 10 und 15 weiter in Erinnerung, dass unter 4.10 Bauweise und Baustoffe seitens des damals planenden Architekten und der Statik aufgehendes Mauerwerk in Ziegelbauweise empfohlen wurde. Hierdurch ergab sich ein Mix aus Ziegelmauerwerk und Trockenbau. Es wurde durch das Gremium zur Vermeidung von Mischbauweisen einheitlich Ziegel festgelegt.

Das nun vorgelegte Statikkonzept schlägt aufgrund der Vorgabe Ziegelmauerwerk die Umfassungswände (Außenmauern) als Ziegelmauerwerk vor. Alle innenliegenden Wände sind derzeit tragend in Stahlbeton und nichttragend in Trockenbau geplant.

Durch das planende Architekturbüro Goergens + Miklautz, wurde die bisherige Stellungnahme vom 28.08.2018 um die im Gremium aufgetretenen Fragen wesentlich erweitert und ergänzt. Die Stellungnahme des Architekturbüro Goergens + Miklautz vom 18.10.2018 wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Weiter wurde im Auftragsgeber-Jour-Fixe am 11.10.2018 die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bauweisen in Ziegel, Stahlbeton und Trockenbau sowie ausschließlich als Ziegelmauerwerk mit statisch erforderlichen Mauerscheiben besprochen.

Folgende Unterlagen wurden dem Gremium zugestellt:

- Stellungnahme des Architekturbüro Goergens + Miklautz vom 23.10.2018
- Hauszeile 15 Vergleich Ziegel mit DIN 1840/Trockenbau, Stand 26.02.2013
- Hauszeile 18 Grundrisse Regel- Dachgeschoss mit farbiger Darstellung der Wandmaterialien, Stand 28.08.2018
- Variante Grundrisse Regel- und Dachgeschoss Außen- und Innenwände in Mauerwerk, Stand 18.10.2018

Mit Stellungnahme vom 23.10.2018 wird seitens des planenden Architekturbüro Goergens + Miklautz, München, mitgeteilt, dass eine einheitliche Ausführung in Mauerwerk unter der Einbuße an Wohnfläche von ca. 1,05 % (entspricht 14,4 m<sup>2</sup> Einbuße bei 1.356 m<sup>2</sup> reines Mauerwerk statt 1.370 m<sup>2</sup> bei Mischbauweise) ebenfalls möglich ist, dies jedoch zusätzliche Mehrosten in Höhe von 138.165 € (401.017 € bei reinem Mauerwerk gegenüber 262.852 € bei Mischbauweise), das entspricht einer Mehrung von ca. 52,6 %, verursacht.

Aus den zahlreichen statischen, bautechnischen, wirtschaftlichen und zeitlichen Gründen wird nach einer Abwägung der einzelnen Punkte durch die Architekten in Abstimmung mit den Fachplanern und der vorgesehenen Bauleitung bei dieser Hauszeile die Bauweise für die tragenden Innenwände in Stahlbetonbau mit nicht tragenden Trockenbauwänden zwar geringfügig favorisiert, unter Berücksichtigung der angestrebten gleichen Bauweise zu den Hauszeilen 10 und 15 und dem Gesichtspunkt einer sinnvollen einheitlichen Bauweise jedoch die Ausführung in Mauerwerk empfohlen.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2018, Nr. 531, wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Zur Klarstellung der weiteren Planung spricht sich das Gremium für die Ausführung in einheitlicher Ziegelbauweise analog der Zeilen 10 und 15 aus. Für die weitere Planung wird nochmals klargestellt, dass grundsätzlich die Hauszeile 18 mit dem gleichen, nur fortentwickelten, Standard wie Hauszeile 10 und 15 auszustatten ist.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter hat den Sitzungssaal um 21:51 Uhr verlassen und an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 18 : 3

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2018, Beschluss Nr. 531, an.

Zur Klarstellung der weiteren Planung spricht sich das Gremium für die Ausführung in einheitlicher Ziegelbauweise analog der Zeilen 10 und 15 aus. Für die weitere Planung wird nochmals klargestellt, dass grundsätzlich die Hauszeile 18 mit dem gleichen, nur fortentwickelten, Standard wie Hauszeile 10 und 15 auszustatten ist.

AZ 621  
Bauamt

802 22

#### Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

#### Antrag der JU Unterföhring zur Errichtung einer "Fahrrad-Reparaturstation", Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.04.2018, Nr. 474, vom 24.07.2018, Nr. 514 und vom 25.09.2018, Nr. 527.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.07.2018, Nr. 514, wurde als Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat der Errichtung einer Fahrradreparaturstation und eines Ersatzteil-Verkaufsautomaten (mit Münzmodul, Banknotenmodul mit Geldrückgabe und bargeldlosem Zahlen mit EC-Karte und Handy) sowie einer Elektroladestation für E-Bikes am Standort der MVG-Leihfahrräder, südlich vom S-Bahnhof in der Grünfläche nordwestlich des P+R-Parkplatzes, angrenzend an den Moosangerweg zugestimmt. Weiterhin sollte die Wartung/Instandhaltung/Bestückung des Verkaufsautomaten öffentlich ausgeschrieben werden.

Die Verwaltung teilte in der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 25.09.2018, Nr. 527, mit, dass aufgrund der Anregungen aus der Mitte des Gremiums (Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 24.07.2018, Nr. 514), den Verkaufsautomaten mit bargeldlosem Zahlen (EC-Karte und Handy) zu bestücken, folgende Abwägungen und Konsequenzen daraus entstehen würden:

- Verlegung einer Datenleitung, WLAN
- entsprechende Software
- Bestückung des Automaten mit Ware geringen Wertes (z.B. Fahrradschlauch, Kleber, Glühbirnen ec.), ca. 2,00 €-10,00 €

Die bargeldlose Zahlung für Waren mit geringem Wert würde eine deutliche Kostensteigerung nach sich ziehen. Die vorläufige grobe Kostenschätzung liegt hier zwischen 5.000 € bis 8.000 € brutto zusätzlich zum eigentlichen

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Verkaufsautomat (ca. 6.000 € brutto), der Fundamente (ca. 2.000 € brutto) und Stromanschluss (ca. 4.000 € brutto). Die Gesamtkosten für den Verkaufsautomaten, als grobe Kostenschätzung, wäre dann bei 17.000 – 20.000 € brutto.

Aus diesem Grund schlug die Verwaltung vor, den Verkaufsautomaten als auch die in diesem Zusammenhang stehende Ausschreibung zur Wartung/Instandhaltung/Bestückung des Automaten bis auf weiteres zurückzustellen.

Dem Ortsvorsitzenden der JU Unterföhring, Herrn Michael Axenbeck, wurde am 12.09.2018 telefonisch mitgeteilt, dass die Verwaltung vorschlägt, eine Entscheidung für einen Verkaufsautomat aus o.g. Gründen vorerst zurückzustellen. Am 13.09.2018 teilte Herr Michael Axenbeck telefonisch mit, dass eine Fahrradreparaturstation ohne Verkaufsautomat keinen Sinn macht. Er gibt die Empfehlung den Verkaufsautomat mit zu errichten, jedoch ohne bargeldlose Zahlung.

Aus der Mitte des Gremiums wurde mitgeteilt, dass an der TU Garching eine Fahrradreparaturstation und ein Verkaufsautomat bereits errichtet wurde. Auf Nachfrage bei der TU Garching wurde mitgeteilt, dass der Verkaufsautomat (Lieferung über die Fa. Rasti GmbH, 49733 Haren) nur mit einem Bargeldmodul ausgestattet ist. Bezüglich bargeldloser Zahlung wurde zu dem Thema lange nachgedacht und man kam zu dem Schluss, dass z.B. einen ambitionierter Radfahrer ohne Gepäck, ggf. eher einen 10 € Schein in der Tasche hat als ein Scheckkarte. Zum anderen war das zusätzliche Modul für bargeldloses Zahlen zu teuer. Die gleiche Station wurde im Übrigen auch an der TU München errichtet.

Zum Befüllen des Automaten wurden durch die TU Garching diverse Radfahrergeschäfte in der Umgebung vom Forschungscampus angefragt. Zurzeit übernimmt diese Aufgabe ein Radfahrergeschäft aus Garching, mit dem eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen wurde.

In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 25.09.2018, Nr. 527, wurde festgelegt, dass ein Verkaufsautomat errichtet werden soll, mit Münzmodul und Banknotenmodul (als Wechselgeld werden allerdings nur Münzen und keine Scheine zurückgegeben). Zusätzlich sind die Kosten zur Verlegung einer Datenleitung, WLAN usw. für die bargeldlose Zahlung (mit EC-Karte und Handy) zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Weiterhin ist eine Abfrage für die Aufstellung und Betrieb des Verkaufsautomaten bei den in Unterföhring ansässigen Fahrradhändlern durch die Verwaltung durchzuführen.

Die Kosten für den Verkaufsautomat (ohne bargeldlose Zahlung), mit einem Zusatzmodul Heizung für Verkaufsautomat, einem Stativ zum freien Aufstellen, einem Münzmodul und einem Banknotenmodul (als Wechselgeld werden nur Münzen und keine Scheine zurückgegeben) belaufen sich lt. Angebot der Fa. Rasti GmbH vom 17.05.2018 auf ca. 5.983,32 € brutto.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Für die bargeldlose Zahlung fallen nach Auskunft des Anbieters, der Firma Rasti GmbH, 49733 Haren mit E-Mail vom 16.10.2018, folgende Kosten zusätzlich an:

- Zusatzmodul für Kreditkarten 710,43 € brutto,
- Abwicklung und Einrichtung über eine externe Firma,
- 8 € brutto pro Monat Service Kosten inklusive SIM-Karte,
- 4% vom Kreditkarten-Umsatz
- Verlegung einer WLAN-Leitung (geschätzt ca. 5.000 €, je nachdem wo die nächste Anbindung erfolgen kann, Rückmeldung von Telekom bisher noch nicht erfolgt).

Die zusätzlichen Kosten zur bargeldlosen Zahlung würden demnach einmalig ca. 5.700 € brutto betragen. Weiterhin fallen monatliche Kosten von mindestens 8 € brutto an.

Der Verkaufsautomat als auch die Fahrradreparaturstation können in verschiedenen Farben umbeschichtet werden. Die Originalfarbe des Verkaufsautomaten ist rot. Die Umbeschichtung kostet je Produkt ca. 170 € brutto zusätzlich.

Es würden insgesamt folgende geschätzte Gesamtkosten für den Verkaufsautomat (ohne bargeldlose Zahlung) und die Fahrradreparaturstation in Höhe von ca. 16.640 € brutto wie folgt anfallen:

Fahrradreparaturstation	3.300,00 €
Verkaufsautomat	6.000,00 €
Fundamente (Verkaufsaut. und Fahrradrep.st.)	3.000,00 €
Stromanschluss (Verkaufsautomat)	4.000,00 €
Eventuell farbliche Umbeschichtung je 170 €	340,00 €

Mit bargeldloser Zahlung am Verkaufsautomat würden die Gesamtkosten (Verkaufsautomat und Fahrradreparaturstation) bei ca. 22.340 € brutto liegen.

Weiterhin teilt der Vorsitzende mit, dass in der Sitzung des Gemeinderates vom 13.09.2018, Nr. 776, zur Erweiterung der Elektro-Ladeinfrastruktur für E-Autos am S-Bahnhof zwei neue Ladesäulen mit vier Ladepunkten beschlossen wurden. An diesen Ladesäulen können gleichzeitig E-Bikes mit geladen werden. Aus vorgenanntem Grund kann die vorgesehene Elektroladestation für E-Bikes am Standort der MVG-Leihräder entfallen.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter ist weiterhin abwesend und hat an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr-, und Grundstücksausschusses vom 24.07.2018, Nr. 514, und vom 25.09.2018, Nr. 527, dass eine Fahrradreparaturstation und ein Ersatzteil-Verkaufsautomat am Standort der MVG-Leihfahräder, südlich vom S-Bahnhof in der Grünfläche nordwestlich des P+R-Parkplatzes, angrenzend an den Moosangerweg, errichtet wird.

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

Die Ausführung für die Fahrradreparaturstation soll in Edelstahl inkl. Werkzeug (Sechskant-Schlüsselset, Torx, Reifenheber, Schraubenschlüssel, Schraubenzieher, Konusschlüssel) einer Radhalterung und Luftpumpe mit Manometer erfolgen. Kosten: ca. 3.300 € brutto zuzüglich Kosten für das Fundament. Farbauswahl für die Fahrradreparaturstation: orange, leuchtend.

Die Ausführung des Verkaufsautomaten soll aus robustem Stahl, pulverbeschichtet, Sichtfenster aus durchsichtigem Polycarbonat mit Stromanschluss, einem Zusatzmodul Heizung für Verkaufsautomat und einem Münzmodul sowie Banknotenmodul erfolgen. Kosten ca. 6.340 € brutto, zuzüglich Kosten für das Fundament und den Stromanschluss. Farbauswahl für den Verkaufsautomaten: orange, leuchtend.

Für die Bestückung des Verkaufsautomaten ist mit einem ortsansässigen Fahrradgeschäft eine Nutzungsvereinbarung (analog TU Garching) abzuschließen

Die Kosten sind im Vermögenshaushalt für 2019 unter der neu anzulegenden HHSt. 11420, Klimaschutz, Baukosten, einzustellen und zu verbuchen. Weiterhin ist eine HHSt. 11420 im Verwaltungshaushalt für den laufenden Unterhalt einzurichten.

AZ 6100  
Bauamt

#### **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss**

803 22

#### **Bebauungsplan Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße; Abwägung für Waldflächen**

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2018, Nr. 533, in Erinnerung, mit welchem dem Gemeinderat bzgl. des Bebauungsplans Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße zur Abwägung für Waldflächen folgender Beschluss empfohlen wurde:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 17.05.2018, Nr. 724, wird zur Signatur „Wald“ aufgehoben. Es ist eine Fläche von 7.600 m<sup>2</sup> für eine Erstaufforstung zu finden, damit eine Rodung auf Fl. Nr. 224 durch das Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten (AELF) Ebersberg zugestimmt wird.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, zur Realisierung der Auflage einer Ersatzaufforstung, mit dem Erholungsflächenverein e. V. Grundstücksverhandlungen aufzunehmen. Die Ergebnisse sind dem Gremium in einer der kommenden Sitzungen vorzulegen.



## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Zwischenzeitlich fand am 29.10.2018 ein Termin mit der Verwaltung, Herrn Dauer vom Landratsamt München, sowie Herrn Besenthal, Vorsitzender des Naherholungsflächenvereins, statt, bei welchem mögliche Flächen für Ersatzaufforstungen besprochen wurde. Hier ging es jeweils um Teilflächen aus dem Fl. Nrn. 1205/4 (ca. 6.750m<sup>2</sup>) und 1205/94 (ca. 2.300m<sup>2</sup>, insgesamt somit ca. 9.050m<sup>2</sup>). Beide Flächen sind im Besitz des Naherholungsflächenvereins, welcher bereit wäre, die beiden Teilflächen, welche sich zur Gänze auf Unterföhringer Flur befinden, an die Gemeinde zu verkaufen. Ein Luftbild mit den beiden gekennzeichneten Flächen (Stand 31.10.2018) wurde dem Gremium zugestellt.

Die Verwaltung empfiehlt die, vom Naherholungsflächenverein angebotenen Teilflächen aus den Fl. Nrn. 1205/4 (ca. 6.750m<sup>2</sup>) und 1205/94 (ca. 2.300m<sup>2</sup>) zu erwerben. Insgesamt sind dies ca. 9.050m<sup>2</sup>, da im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark jedoch nur 7.600m<sup>2</sup> aufgeforstet werden müssen, sollen die restlichen ca. 1.450m<sup>2</sup> dem Ökokonto der Gemeinde gutgeschrieben werden.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat schließt sich dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2018, Nr. 533, wie folgt an:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 17.05.2018, Nr. 724, wird zur Signatur „Wald“ aufgehoben. Es ist eine Fläche von 7.600 m<sup>2</sup> für eine Erstaufforstung zu finden, damit eine Rodung auf Fl. Nr. 224 durch das AELF Ebersberg zugestimmt wird.

Darüber hinaus wird der Erste Bürgermeister ermächtigt mit dem Naherholungsflächenverein einen entsprechenden Kaufvertrag zum Erwerb der beiden Teilflächen von ca. 6.750m<sup>2</sup> aus Fl. Nr. 1205/4 sowie von ca. 2.300m<sup>2</sup> aus Fl. Nr. 1205/94 zu schließen. Dieser ist dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Darüber hinaus wird der Bürgermeister ermächtigt nach genauer Vermessung beider Teilflächen eine entsprechende Messungsanerkennung zu unterzeichnen. Die anfallenden Nebenkosten (Vermessungs- und Notarkosten etc.) trägt die Gemeinde. Für den Erwerb der Grundstücksflächen und die anfallenden Nebenkosten werden insgesamt bis zu 220.000,00 € brutto genehmigt und sind in den Haushalt unter HHSt 36020.9320 einzustellen.

Die übrigen Flächen von ca. 1.450m<sup>2</sup> sind dem Ökokonto der Gemeinde gutzuschreiben.

AZ 6100  
Bauamt

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

804 22 **Aufzugsanlagen an der Fichtenstraße 1 bis 55; Überdachung der Treppenzugänge**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 11.10.2018, Nr. 790, in Erinnerung, mit welchem die Beschaffung von neuen Spielgeräten an der Fichtenstraße 1-55 bei den Hausnummern 1, 5, 35, 39 und 55 mit einer Angebotssumme von insgesamt 45.471,09 € brutto beschlossen sowie der überarbeiteten Planung der Ausführung der Tiefgaragennotausgänge, Stand 23.08.2018, mit einer filigraneren Stahl-Glaskonstruktion (Seitenwände offen) zugestimmt wurde.

In dieser Sitzung wurde der Anregung aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 25.09.2018 eine Überdachung als Wetterschutz an den 28 Hauseingängen (Treppen) zu realisieren, zugestimmt. Die dabei entstehenden Mehrkosten sind zu ermitteln und vorzulegen. Die Mehrkosten sind unter der Haushaltsstelle 88160.9420 in den Haushalt 2019 einzustellen und zu verbuchen.

Nach Vorlage der Kostenschätzung der ARGE vom 22.10.2018 belaufen Sie diese Kosten inkl. nachträglicher Einhausung, Verglasung, Fundament und Statik auf 230.800,- € brutto inkl. Baunebenkosten.

Die Maßnahme wird bei Zustimmung und Beauftragung im Frühjahr 2019 abgeschlossen sein.

Ferner wurde von der ARGE am 22.10.2018 ein Nachtrag für eine brandschutzrechtlich geforderte Promatverkleidung der seitlichen Auskragungen im Bereich über den neuen Treppenhäusern vorgelegt. Der ehemalige Umbau des Flachdaches wurde nicht ordnungsgemäß ausgeführt.

Die Kosten hierfür belaufen sich auf 38.985,- € brutto inkl. Baunebenkosten.

Die Mehrkosten sind unter der Haushaltsstelle 88160.9420 in den Haushalt einzustellen und zu verbuchen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt einer Überdachung als Wetterschutz an den 28 Hauseingängen (Treppen) mit Mehrkosten in Höhe von 230.800,- € brutto inkl. Baunebenkosten sowie der nachträglichen Promatverkleidung im Dachbereich mit Mehrkosten in Höhe von 38.985,- € brutto inkl. Baunebenkosten zu. Die

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

dabei entstehenden Mehrkosten von insgesamt 269.785,- € brutto inkl. Baunebenkosten sind unter der Haushaltsstelle 88160.9420 in den Haushalt 2019 einzustellen und zu verbuchen.

Bauamt

805      22      **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 41. Änderung des Flächennutzungsplanes, Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Aschheim mit E-Mail-Schreiben vom 27.09.2018 zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes um Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß 4 Abs. 1 BauGB gebeten hat. Die entsprechenden Unterlagen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 21.08.2018, wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Vorab erinnert der Bürgermeister an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 13.07.2017, Nr. 609, sowie vom 12.07.2018, Nr. 760, mit welchem das Gremium im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Änderung von „Grünfläche“ in „Baufläche für Gemeinbedarf“ für das Grundstück Fl. Nr. 1234 westlich der Grundschule und östlich des gemeindlichen Friedhofes am Herdweg zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer 2,5-fach Sporthalle für die Grundschule Aschheim zur Kenntnis nahm. Seitens der Gemeinde Unterföhring wurden in beiden Fällen keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Nach Abwägung und Einarbeitung der in der 1. Beteiligung vorgebrachten Anregungen, hat der Aschheimer Bau- und Umweltausschuss in der Sitzung am 21.08.2018 diese wiederholte Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange mit gleichzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen.

Folgender Bereich ist von der 41. Änderung des Flächennutzungsplanes betroffen:

- Änderung von „Grünfläche“ in „Baufläche für Gemeinbedarf“ für das Grundstück Fl. Nr. 1234 westlich der Grundschule und östlich des gemeindlichen Friedhofes
- Ziel/Zweck:
  - a. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 024/07

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- b. Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer 2,5-fach Sporthalle für die Grundschule Aschheim
- c. (aufgrund steigender Schülerzahlen sind die Vergrößerung des bestehenden Schulgebäudes und der Neubau einer Turnhalle notwendig)
- d. für die Errichtung einer 2,5-fach Sporthalle ist die Ausweisung einer „Baufläche für den Gemeinbedarf“ erforderlich

Außerdem wird um Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB gebeten.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Änderung von „Grünfläche“ in „Baufläche für Gemeinbedarf“ für das Grundstück Fl. Nr. 1234 westlich der Grundschule und östlich des gemeindlichen Friedhofes am Herdweg zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer 2,5-fach Sporthalle für die Grundschule Aschheim inkl. der entsprechenden Unterlagen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 21.08.2018, zur Kenntnis. Seitens der Gemeinde Unterföhring werden im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß 4 Abs. 1 BauGB keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Zum Umweltbericht werden seitens der Gemeinde keine Äußerungen vorgebracht.

AZ 6100  
Bauamt

806

22

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### BEK 11/18 Bürgerwettbewerb zur Umgestaltung der Mitte des S-Bahn-Kreisels; Sachstand

Der Bürgermeister berichtet, dass bereits im Frühjahr 2015 sich Bürger und Bürgerinnen eine andere Gestaltung der öffentlichen Grünflächen (Blumeninseln, Kreiselflächen, S-Bahnkreisel) wünschten. In der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.02.2016 wurde beschlossen, einen Wettbewerb zur Umgestaltung des S-Bahn-Kreisels auszuloben. Im Mai 2016 wurde der Wettbewerb zur Beteiligung an der Ortsbildgestaltung ortsüblich bekanntgegeben. In der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 20.09.2016, Nr. 19, hat sich das Gremium für den Vorschlag Nr. 11 von Herrn Schmid, Unterföhring als 1. Preis ausgesprochen. Ende 2016 wurde die Rechteübertragung für die unbeschränkten Nutzungsrechte an sämtlichen Ergebnissen von Herr Schmid an die Gemeinde vorgenommen

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Im Juli 2017 hatte die Verwaltung fünf Firmen zur Machbarkeit und erwartenden Kosten angefragt. Davon hatte eine Firma ein Angebot in Höhe von ca. 60.000,00 € brutto abgegeben, zusätzlich waren Kosten für Tiefbauarbeiten von ca. 50.000,00 € brutto veranschlagt. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hatte in der Sitzung vom 26.09.2017, Nr. G204, den Bürgermeister ermächtigt, den wirtschaftlichsten Bieter zu beauftragen.

Im Dezember 2017 fand eine Spartenbesprechung mit den Stadtwerken München statt sowie die Anfrage zur Spartenauskunft. Hier stellte sich heraus, dass sich im Kreisel sehr viele Sparten befinden.

Lt. Kostenschätzung der Stadtwerke München betragen die Kosten für die Umlegung für Wasser und Gas für die Gemeinde ca. 55.000 € brutto.

Außerdem liegt von der Telekom ein umfangreiches Kabelpaket in Schutzrohren im Bereich des Kreisels. Eine Umlegung kann wegen der Größe und Lage der Fundamente für die Filmrolle notwendig werden. Hierzu würden weitere Kosten entstehen, die noch nicht genau benannt werden können.

Zur Klärung der Notwendigkeit von Spartenumlegungen und der grundsätzlichen technischen Machbarkeit fand am 30.10.2018 eine Besprechung mit den Stadtwerken München, Bayernwerk und Deutsche Telekom statt. Vertreter der Deutschen Bahn sind trotz schriftlicher Einladung der Besprechung **ohne Absage ferngeblieben**.

Eine Verständigung mit der Deutschen Bahn AG über die grundsätzliche Machbarkeit konnte noch nicht stattfinden. Auf wiederholter schriftlicher Nachfrage bei der Deutschen Bahn wurde nun ein Ansprechpartner genannt und auf telefonischer Nachfrage hieß es, dass erst alle erforderlichen Unterlagen vergleichbar einer Bauvoranfrage vorzulegen sind. Erst dann wird eine Prüfung eingeleitet und eine Äußerung getroffen. Hierfür sind eine Tragwerksplanung (Statik) für die Filmrolle und eine Verkehrsanlagenplanung für die Spartenkoordinierung und -umlegung erforderlich. Die Kosten betragen hierfür ca. 50.000,00 € brutto.

Die Kosten für die Maßnahme Umgestaltung S-Bahn-Kreisel „Filmrolle“ würden sich bis jetzt auf grob geschätzten 200.000,00 € brutto (zusätzlich Spartenverlegung Telekom) belaufen und evtl. nicht vorhersehbaren weiteren Kosten im Laufe der Ausführung.

Im Haushalt 2019 sind auf HHSt 5800.9540 Baukosten 100.000 € brutto und HHSt. 5800.9590 Baunebenkosten 200.000 € brutto angemeldet.

AZ 6130  
Bauamt

## 58. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

806

22

#### Bekanntgaben / Anfragen Anfragen aus dem Gremium

- Frau Schödl fragt zur erfolgten Bekanntgabe an, warum das Eisenbahnbundesamt bei der Kreisel-Umgestaltung einbezogen ist?

Der Vorsitzende erläutert, dass der Grund, auf dem der Kreisel steht, oberhalb des S-Bahn-Tunnels liegt und im Eigentum der Bahn ist. Zudem sind dort diverse Sparten verlegt. Daher ist ein Eingriff nur in Abstimmung mit dem Eisenbahnbundesamt möglich.

- Frau Schödl erkundigt sich ob schon bekannt ist, wie das Ergebnis der Koalition auf Landesebene zum Zuschuss zu den KiTa-Gebühren umgesetzt werden soll.

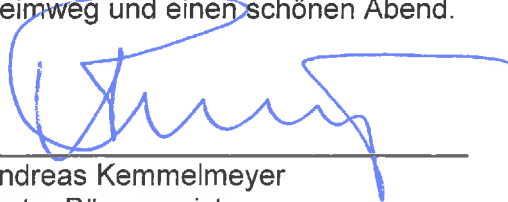
Der Hauptamtsleiter Herr Kipp erläutert hierzu, dass noch keine Informationen zur Umsetzung dieses Zuschusses vorliegen, die Verwaltung sich aber entsprechend erkundigen wird. Denkbar wäre hier eine Umsetzung wie beim bestehenden Zuschuss des Landes zum dritten Kindergartenjahr. Sobald hierzu Informationen vorliegen wird entsprechend berichtet.

- Die Gemeinderäte Herr Prieler und Herr Zehetmair erkundigen sich danach, warum die Wohnungsbaumaßnahmen im Bereich des Germanenwegs weiterhin unter dem Begriff „Einheimischenmodell“ betitelt werden, obwohl die Gemeinde ein „Einheimischenmodell“ nicht mehr anbietet.

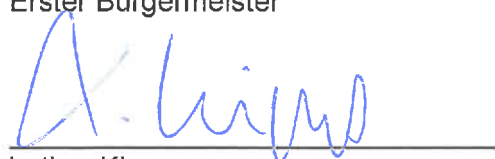
Der Vorsitzende sowie der Baumamtsleiter Herr Kapfenberger erläutern hierzu, dass der Begriff im Bebauungsplan festgelegt ist und sich hieraus ableitet.

Für die Zukunft wird möglichst eine unmissverständlichere Bezeichnung verwendet.

Nachdem keine weiteren Anfragen aus dem Gremium gestellt werden schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22:10 Uhr und wünscht allen einen guten Heimweg und einen schönen Abend.



Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister



Lothar Kipp  
Schriftführer